

# Einleitung: Schöne neue Welt

Das 21. Jahrhundert, das in seinem ersten Jahrzehnt mit Anschlägen der Terrororganisation al-Qaida, dem Afghanistankrieg als Vergeltungsmaßnahme und dem nicht von der UNO legitimierten Irakkrieg begonnen hat, wird allem Anschein nach kein friedliches Jahrhundert. Nach dem hinter uns liegenden „Jahrhundert der Kriege“ ist von der neuen Zeit zwar eine Veränderung der Kriege (Stichwort „Neue Kriege“), aber nicht ihr Verschwinden zu erwarten. Zwar gibt es durchaus eine Weltordnung in Gestalt des Völkerrechts, das Problem ist nur, dass sich wichtige Akteure nicht an ihre Regeln halten und ihre Durchsetzung durch Gerichte nicht erzwungen werden kann. Im Gegenteil: Insbesondere die Vereinigten Staaten von Amerika sind im entscheidenden Moment nicht bereit, sich der UNO zu beugen, wenn ihre vitalen Interessen betroffen sind, eine Unterstellung ihrer Staatsbürger unter die Jurisdiktion des Internationalen Strafgerichtshofs lehnen sie grundsätzlich ab. Von einer stabilen Weltordnung, die den Frieden weltumspannend durchzusetzen oder zumindest den Bestand zu sichern in der Lage wäre, sind wir so weit entfernt, wie lange nicht mehr. Statt dessen scheint die Menschen eine „Schöne neue Welt“ zu erwarten, die von Umweltkatastrophen, Seuchen, Hunger und gewaltsamen Konflikten aller Art geprägt ist. In einer geradezu hellseherischen Vision hat *Aldous Huxley* bereits 1932 in seinem Roman *Brave New World* eine Welt beschrieben, in der es mit zweifelhaften Methoden gelungen ist, eine „perfekte“ Gesellschaft zu schaffen. Sie ist das Gegenbild zu einer Gesellschaft, in der Menschen friedlich zusammen leben, ohne durch ‚sanften‘ Zwang, Drogen, Hedonismus, Amüsiersucht, Medienspektakel und Konsumdruck „gelenkt“ zu werden. Wie könnte vor diesem Erfahrungshintergrund eine Weltordnungspolitik aussehen, die sich vor allem drei Ziele setzt: Frieden, Gerechtigkeit und Selbstbestimmung?

## 1 Durchsetzung der Demokratie

Die Lehre aus den Kriegen, Verfolgungen und Zerstörungen des 20. Jahrhunderts scheint die weltweite Anerkennung von Demokratie und Menschenrechten zu sein. Ihre Durchsetzung erfordert – trotz ermutigender Beispiele wie der Ukraine – in vielen Fällen offenbar den Einsatz von militärischer Gewalt. Angesichts der – auch durch die UN-Charta verbürgten – Souveränität der Staaten und des Selbstbestimmungsrechts der Völker bedürfen solche „Humanitären Interventionen“ jedoch einer besonderen Legitimation. Darüber hinaus ist zu bedenken, dass es seit Ende des Zweiten Weltkriegs nicht mehr gelungen ist, mit Militärgewalt eine stabile Demokratie einzuführen<sup>1</sup>. Die UNO und der für die Weltgemeinschaft handelnde UN-Sicherheitsrat schienen diese Legitimation bislang gewährleisten zu können. Der ohne UNO-Mandat von den USA – zusammen mit wenigen Verbündeten – geführte Irakkrieg lässt jedoch schlaglichtartig die Probleme solcher Eingriffe in die territoriale Integrität einzelner Staaten deutlich werden. *Saddam Hussein* war ein Diktator, dessen Verschwinden niemand bedauern wird. Für die Stabilität des Mittleren Ostens war er of-

---

<sup>1</sup> Das Experiment „Demokratisierung des Irak“ steht noch auf dem Prüfstand.

fenbar jedoch (fast) unverzichtbar. Da auch nicht alle Fälle von Menschenrechtsverletzungen auf diese Weise beantwortet werden können, erscheint die Auswahl als willkürlich. Ohne Mithilfe der USA oder gar gegen diese lässt sich eine solche Intervention zudem kaum durchführen. Auf jeder Aktion lastet daher der Verdacht, dass die Vereinigten Staaten damit vor allem ihre eigenen imperialen Interessen durchzusetzen versuchen.

Nach dem Ende des Sowjetimperiums schien eine neue Weltordnung in greifbare Nähe gerückt zu sein. Die US-Präsidenten *George Bush sen.* und *Bill Clinton* erweckten den Eindruck, als ob sich die Länder und Völker der Welt der Führung des „wohlwollenden Hegemons“ USA anvertrauen könnten<sup>2</sup>. Der Irakkrieg der Administration von *George W. Bush* hat die idealistischen Träumer allerdings abrupt auf den Boden der Tatsachen zurück geholt. Das *Empire Amerika* zeigt jetzt deutlicher, wo seine imperialen Interessen liegen und wie es sie durchzusetzen gedenkt. Dass diese Interessen denen anderer Länder zuwider laufen können und mit denen der Weltgemeinschaft keineswegs immer übereinstimmen müssen, ist offensichtlich. Viel wird davon abhängen, ob es gelingt, ein Gegengewicht gegen das globale *Empire Amerika* aufzubauen, um dieses zur Einhaltung zumindest der wichtigsten Rechtsregeln zwingen zu können. Die Frage, ob dies eine stärker integrierte Europäische Union – gegebenenfalls gemeinsam mit Russland („Großraum Eurasien“) – oder aber ein Imperium China sein wird, ist noch nicht mit Sicherheit zu beantworten. Eines steht jedoch fest: Eine neue, auf der Zustimmung der Menschen beruhende Weltordnung wäre dringend erforderlich, um zumindest die wichtigsten globalen Probleme bearbeiten zu können.

## 2 Staatlichkeit im Wandel

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts befindet sich Staatlichkeit in einer Phase des Umbruchs und der Umorientierung. Wir sind Zeugen eines grundlegenden Wandels. Zwar existieren die territorial definierten Nationalstaaten des vorigen Jahrhunderts noch, ja es entstehen sogar neue Nationalstaaten (z.B. im Baltikum, auf dem Balkan etc.), aber sie alle spielen eine andere Rolle als früher. Ihren Alleinvertretungsanspruch als Zentren der Machtausübung oder – um mit *Max Weber* zu sprechen: das Monopol physischer Gewaltsamkeit – haben sie längst verloren. Als Staat und Nation im frühen 19. Jahrhundert fast überall in Europa zu einer Einheit verschmolzen, wurde daraus der nach außen souveräne und nach innen autonome Nationalstaat, der manchen als Idealbild auch heute noch vor Augen steht. Tatsächlich ist es durchaus fraglich, ob moderne Gesellschaften ohne die institutionelle Absicherung ihrer kollektiven Identität durch den Nationalstaat überhaupt Bestand haben können. Im Zeichen der Globalisierung ist die Unabhängigkeit und Selbstgenügsamkeit auch der großen Staaten jedoch für immer dahin. Internationale Organisationen wie die UNO, supranationale Zusammenschlüsse wie die Europäische Union, Militärbündnisse wie die NATO oder Vertragswerke wie der Atomwaffensperrvertrag schränken die Souveränität der Staaten nachhaltig ein. Weltweite Kommunikationsnetze, der ungehinderte Austausch von Produkten der Kulturindustrie, aber auch transnationale Wanderungsbewegungen sprengen die territorialen Grenzen.

Zudem sind neue mächtige Global Player in Gestalt transnationaler Industriekonzerne, weltumspannender Banken, globaler Versicherungsgesellschaften und kapitalstarker Finan-

---

<sup>2</sup> Vgl. *Kissinger* 1994, S. 804 f.